



1. Haushaltswochen im Bundestag

Über den Kabinettentwurf für den Haushalt 2018 wurde diese Woche im Deutschen Bundestag debattiert. Anders als in anderen Sitzungswochen nahm die Beratung dieses Gesetzentwurfes die gesamte Woche in Anspruch, weshalb auch von der „Haushaltswochen“ gesprochen wird.

Durch Fortsetzung unserer soliden Haushaltspolitik wird die gesamtstaatliche Schuldenquote 2019 erstmals seit 2002 unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen.

Im Haushalt soll auch die neue Steuerschätzung berücksichtigt werden, wonach die Ausgabenspielflächen des Bundes bis 2022 noch einmal um 10,8 Milliarden Euro auf insgesamt 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettsbeschluss noch nicht vorlag, können und werden wir als CDU/CSU-Fraktion in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Progression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe.

Die aktuelle Haushaltsentwicklung ist sehr erfreulich. Sie darf aber nicht über die Risiken hinwegtäuschen – gerade auch in Form handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Es ist eine lange Strecke bis 2021, weshalb wir zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele finanzrelevante Maßnahmen auf einmal beschließen können. Unsere neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten werden wir sorgfältig prüfen und abwägen. Solide Finanzpolitik ist für uns eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Wirtschaftswachstums.

Für meinen Arbeitsbereich, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sieht der Haushalt einen Ausgabenanstieg gegenüber den Ausgaben von 2017 von 978 Millionen Euro vor. Damit stehen im Jahr 2018 9,4341 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist besonders erfreulich, da Deutschland sich als OECD-Land dazu verpflichtet hat, jährlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Diese sogenannte *Official Development Aid (ODA)* Quote beziffert den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen.

Im vorliegenden Bundeshaushalt 2018 hat das Kabinett die ODA-Quote bei 0,5 Prozent stabilisiert, wobei die Kosten die Flüchtlinge innerhalb von Deutschland nicht mit eingerechnet wurden.

2. Einsatz für die Religionsfreiheit - Eine Zukunft für Christen und Jesiden im Nordirak

Am Mittwochnachmittag nahm ich am Kongress der CDU/CSU-Fraktion zum Einsatz für die Religionsfreiheit teil. Dabei lag der Schwerpunkt der Veranstaltung auf der Zukunftsperspektive für Christen und Jesiden im Nordirak. Mit der Frage, wie es gelingen kann, dass Christen und Jesiden wieder in der Ninive-Ebene und im Sindjar leben können beschäftige ich mich seit meiner Irak-Reise vergangenen Monat ganz besonders.

Deshalb habe ich sehr gespannt das Gespräch mit Bundesentwicklungsminister Gerd Müller und die anschließende Diskussionsrunde der Experten verfolgt. Der Minister stellte vor allem klar, dass die Konflikte im Irak ohne Religionsfreiheit nicht zu lösen sein werden. Um die Lage zu verbessern engagiert sich Deutschland im Irak beim Wiederaufbau, hilft Rückkehrern und ermöglicht Versöhnung.



Diskutanten auf dem Podium des Kongresses (Foto: MG)

3. AG Menschenrechte trifft NGOs



Die Abgeordneten Markus Grübel, Norbert Altenkamp, Sebastian Brehm, Winfried Weck (Konrad-Adenauer-Stiftung), und Fraktionsvorsitzender Volker Kauder (v.l.n.r.). (Foto: Sebastian Brehm)

Diese Woche trafen sich die Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaft Menschenrechte der CDU/CSU-Fraktion zum Empfang von Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Würdigung der wichtigen und unverzichtbaren Arbeit stand hierbei im Vordergrund. Ich kann unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder in seiner Aussage, dass Deutschland nur dann wirtschaftlich erfolgreich ist, wenn die Einhaltung der Menschenrechte die Grundlage bildet, nur voll und ganz zustimmen.

4. Besuch der Johannes-Kepler-Realschule

Wendlingen

Am Donnerstag besuchten mich Schüler der Johannes-Kepler-Realschule Wendlingen im Bundestag. Im Gespräch berichtete ich den Schülern über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter und über meinen Wechsel vom meinem Amt als Staatssekretär zum Regierungsbeauftragten.

Vor allem interessierte die Schüler, wie man Bundestagsabgeordneter wird, ob die Tätigkeit mir Spaß macht und wie ich mein Privatleben mit dem Leben als Politiker zusammenbringe. Leider musste ich mich dann vorzeitig verabschieden, eine namentliche Abstimmung rief mich ins Plenum.



Schüler der Johannes-Kepler-Realschule mit Markus Grübel im Paul-Löbe-Haus. (Foto: CLI)

5. Als junger Botschafter für ein Jahr in die USA! Bewerbungsphase für Parlamentarisches Patenschafts-Programm hat begonnen

Die Bewerbungsphase für das Austauschjahr 2019/2020 des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) hat begonnen.

Für ein Jahr in die USA gehen, dort leben, studieren oder arbeiten – diese spannende und einmalige Kombination wird Schülern und jungen Berufstätigen im Rahmen des gemeinsamen PPP des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA ermöglicht.

Das Austauschprogramm ist eine großartige und einmalige Chance für junge Menschen. Gerne möchte ich damit junge Leute auf diese besondere Möglichkeit aufmerksam machen und sie ermutigen, sich für das Austauschjahr 2019/2020 zu bewerben.

Die Bewerbungsphase läuft bis zum 14. September 2018. Informationsbroschüren können ab Ende Mai zu den Öffnungszeiten im Wahlkreisbüro in der Bahnhofstraße 27 in 73728 Esslingen abgeholt werden.

Weitere Informationen zum PPP und den Bewerbungsmodalitäten finden sich zudem im Internet unter www.bundestag.de/ppp.

Das PPP besteht seit 1983 und ermöglicht jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu verbringen. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu Gast in Deutschland. Bundestagsabgeordnete übernehmen während des Jahres eine Patenschaft für die jungen Erwachsenen.



(Bild: Deutscher Bundestag)

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!